



„Ja.“

US-Präsident Joe Biden 2022 auf die Frage, ob die USA Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs militärisch verteidigen würden.

CHINA, USA UND TAIWAN – TEIL VI

Überparteiliche Solidarität mit Taiwan

NEUERSCHEINUNG: Ein neues Buch von Rolf Steininger zum Konflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China um Taiwan ist erschienen – In 6 Teilen erklärt der Autor, wie es dazu kam – VI und letzter Teil: Taiwan wird Thema des Handelskrieges zwischen China und den USA – Kein Ende in Sicht in diesem Konflikt

von
Rolf Steininger

Donald Trump und Taiwan

Nach **Obama** kam **Donald Trump**. Der Vorwahlkampf war seine Bühne. Da sagte er das, was viele seiner Landsleute dachten. Auch als „President elect“ nach gewonnener Wahl **2016** blieb er sich treu, wie ein Interview bei Fox News zeigte, in dem er China in den Blick nahm. Er verstehe die bisherige „Ein-China-Politik“ der Regierung, „aber ich verstehe nicht, warum wir daran gebunden sein müssen, solange wir nicht einen deal mit China über andere Dinge haben, darunter den Handel.“ Er warf China vor, eine „Festung“ auf umstrittenen Inseln im Südchinesischen Meer zu bauen und kritisierte Pekings Handelspolitik. Im übrigen lasse er sich nicht vorschreiben, mit wem er telefoniere.



Damit bezog er sich auf chinesische Kritik an seinem Telefonat mit Taiwans Präsidentin **Tsai Ing-wen** (im Bild oben), die ihm zum Wahlsieg gratuliert hatte. Es war das erste Gespräch eines neugewählten US-Präsidenten mit Taiwans Führung seit **1979!** In der chinesischen Staatszeitung „Global Times“ hieß es „Taiwan ist nicht verhandelbar“, aber Verbesserungen in den Beziehungen Taiwan-USA seien nötig und möglich. Taiwan wurde ein Thema und Teil des schon bald ausbrechenden Handelskrieges zwischen China und den USA.

China und Taiwan und die Amerikaner

Für viele Amerikaner war das kommunistische China ein rationales Problem; große Sympathien empfand man nicht unbedingt für dieses Land. Washington hatte auch das Tiananmen-Massaker nicht vergessen.

Man machte gute Geschäfte, nannte das Realpolitik – und beobachtete gleichzeitig mit Argwohn den rasanten Aufstieg des Landes.

Mit Taiwan war das anders. Taiwan war eine emotionale Sache. Taiwan war im Vergleich mit dem kommunistischen China für viele Amerikaner der underdog, den man nach alter amerikanischer Gewohnheit sowieso unterstützte und keinesfalls „verraten“ durfte. So empfand man es z. B. als unfair, dass nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China **Anfang 1979** Politiker und Persönlichkeiten aus Taiwan keinen amerikanischen Boden betreten durften. Der Taiwan Relations Act hatte daran nichts geändert. Trotz zahlreicher Einschränkungen wurde Taiwan in den folgenden Jahren aber in jeder Hinsicht eine success story: Das Kriegsrecht wurde aufgehoben, zahlreiche Reformen durchgeführt, wirtschaftliche Erfolge in

Verbindung mit Freiheit und Demokratie waren ganz nach dem Geschmack der Amerikaner. Anders als bei fast allen anderen Themen waren sich Republikaner und Demokraten bei Taiwan daher einig.



Jesse Helms, der Vorsitzende des Foreign Relations Committee des Senats, meinte **1995** einmal: „Sollte ich zwischen zwei Chinas entscheiden, ich würde mich für Taiwan entscheiden.“

Taiwan pflegte allerdings auch geschickt dieses Image in den USA. Dabei halfen die einflussreichen Friends of Taiwan und eine professionelle PR-Organisation. Es gab zahlreiche Partnerschaften mit den wichtigsten Städten in den USA und die beliebten, von Taipeh finanzierten Reisen für Politiker und Wirtschaftsdelegationen nach Taiwan. In diesem Zusammenhang besuchte **Clinton** als Gouverneur von Arkansas die Insel gleich viermal.

Taiwan war allerdings auch ein wunderbares Thema für jede Opposition in Washington. Das galt besonders für die Clinton-Zeit, in der es parteipolitisch von den Republikanern benutzt – andere würden sagen missbraucht – wurde im Kampf gegen Clinton.

Neue Taiwan-Gesetze



Unmittelbar nach der chinesischen Kritik an **Trump's** Telefonat kam Bewegung in die Frage. Der republikanische Abgeordnete **Steve Chabot** (im Bild oben) aus Ohio und Senator **Marco Rubio** (im Bild unten) aus Florida legten den zuständigen Kongressausschüssen den Gesetzentwurf für einen Taiwan Travel Act vor, der die Aufhebung sämtlicher Reisebeschränkungen für Taiwans Politiker in die USA vorsah.



Anfang 2017 ging man einen Schritt weiter und legte einen weiteren Gesetzentwurf vor, den Taiwan Security Act, der die Lieferung modernster Waffen und die Zusammenarbeit zwischen den Armeen Taiwans und der USA vorsah.

Als Travel Act und Security Act im Entwurf des US-Verteidigungshaushaltes **2018** auftauchten, reagierte Peking in ungewöhnlicher Form. Chinas Botschafter in Washington überreichte offiziell ein Protestschreiben seiner Regierung im State Department, in dem von einer „Provokation gegenüber Chinas Souveränität, seine nationale Einheit und Sicherheitsinteressen“ die Rede war; damit werde „die rote



Präsident Joe Biden und Chinas starker Mann Xi Jinping.

National Archives, College Park, Maryland

Linie“ mit Blick auf die Stabilität der chinesisch-amerikanischen Beziehungen überschritten.

Und dann kam es: China forderte eine Rücknahme der Entscheidung und drohte mit „schweren Konsequenzen“. Diese Art von Drohung in einem offiziellen Schreiben hatte es bisher noch nie von einer anderen Regierung gegeben – und kam daher in Washington gar nicht gut an: Im **Januar/Februar 2018** stimmten beide Kammern des Kongresses einstimmig für diesen Gesetzentwurf, der mit **Trump's** Unterschrift am **16. März** als Taiwan Travel Act Gesetz wurde – gegen massiven Protest Chinas.

In derselben Woche zeigten die USA militärische Präsenz: Ein US-Kriegsschiff passierte die Straße von Taiwan, die nach Peking Lesart kein internationales Gewässer, sondern chinesisches Hoheitsgebiet ist. Ein Jahr später verschärfte sich die Spannungen mit China weiter, als **Trump** am **26. März 2020** ein Gesetz unterschrieb, das der Senat bereits im **Oktober 2017** und das Repräsentantenhaus im **März 2018** einstimmig verabschiedet hatten, den „TAIPEI Act“, die nach Taiwans Hauptstadt Taipeh (englisch TAIPEI) benannte „Taiwan Allies International Protection and Enhancement“-Initiative (etwa „Gesetz zur internationalen Schutz- und Verbesserungsinitiative der Verbündeten Taiwans“), die zum Ziel hatte, die USA-Taiwan-Beziehungen zu vertiefen und andere Nationen und internationale Organisationen zu ermutigen, ihre Beziehungen mit dem Inselstaat zu stärken. Gleichzeitig wollten die USA ihren Umgang mit Staaten „ändern“, die aus ihrer Sicht die Sicherheit oder den Wohlstand Taiwans gefährdeten.

Unmittelbarer Anlass war der andauernde massive wirtschaftliche Druck Chinas auf bestimmte Länder, ihre diplomatischen Be-

ziehungen mit Taiwan abzubrechen. China verurteilte das Gesetz als „grobe Einmischung in innere Angelegenheiten“, man werde „entschlossen zurückschlagen“, falls die USA „ihre Irrtümer“ nicht korrigierten. Das taten die USA nicht und hatten sogar schon vorher **66** moderne F-16 an Taiwan geliefert.

Joe Biden und Taiwan

Am **2. August 2022** besuchte die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, die Demokratin **Nancy Pelosi**, Taiwan.



Es war der ranghöchste Besuch eines US-Politikers seit **25** Jahren. Pelosi hatte schon die unter **Trump** verabschiedeten zwei Taiwan-Gesetze (Travel Act, Security Act) nachhaltig unterstützt, jetzt besuchte sie die Insel angesichts zunehmender Drohgebärden Chinas. Sie sei gekommen, so betonte sie gegenüber Taiwans Präsidentin **Tsai Ing-wen**, „um unmissverständlich klarzumachen, dass wir unsere Verpflichtungen gegenüber Taiwan nicht aufgeben werden.“ Mehr denn je sei die amerikanische Solidarität entscheidend: „Heute steht die Welt vor der Wahl zwischen Demokratie und Autokratie“; Taiwan sei eine „der freiesten Gesellschaften der Welt“.

Als Reaktion auf den Besuch startete China das größte Manöver seit der **Taiwan-Krise 1995/6** und sprach von einer „ernsten Provokation und einem Verstoß gegen den Ein-China-Grundsatz“. Am **18. September** äußerte sich **Joe Biden** in einem CBS-Interview zum Thema. Auf die Frage, ob die USA Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs militärisch verteidigen würden, kam ein un-

missverständliches „Ja“. Mit dieser Antwort wurde aus der jahrzehntelang akzeptierten strategischen Zweideutigkeit (strategic ambiguity) eine strategische Eindeutigkeit. So deutlich wie Biden hatte es bisher noch kein amerikanischer Präsident gesagt (selbst **George W. Bush** nicht).



Biden wiederholte sein „Ja“ im **Mai 2023** beim G7-Gipfeltreffen in Hiroshima. **Anfang Juni 2023** erinnerte Außenminister **Antony Blinken** (im Bild oben) an den 34. Jahrestag des Tiananmen-Massakers. Er sprach von dem „brutalen“ Vorgehen der chinesischen Regierung und betonte, dass sich die US-Regierung auch weiter für die Menschenrechte und Grundfreiheiten in China einsetzen werde.

Im **November 2023** kam es beim APEC-Gipfeltreffen in San Francisco zu einem Treffen zwischen **Xi** und **Biden**, bei dem Xi unmissverständlich klarmachte, dass eine Wiedervereinigung mit Taiwan „unaufhaltsam“ sei: „Es wird sie geben“. Wann, sagte er nicht, forderte aber die USA auf, die Waffenlieferungen einzustellen und China bei der Wiedervereinigung zu unterstützen. Bidens Antwort war so eindeutig wie ein halbes Jahr zuvor. Immerhin sprach Xi von den „wichtigsten bilateralen Beziehungen“, jenen zwischen den USA und China.



Das hörte sich im **März 2024** beim Volkskongress in Peking schon wieder anders an. Chinas Außenminister **Wang Yi** lobte die

Beziehungen zu Russland; Peking und Moskau hätten „ein neues Paradigma für die Beziehungen von Großmächten“ geschaffen. Ein Wort zum Überfall Russlands auf die Ukraine fehlte. Den USA warf er vor, China zu unterdrücken, sich nicht an Zusagen gehalten und Sanktionen gegen sein Land ausgeweitet zu haben. Besonders scharfe Worte fand er für jegliche Einmischung in die sogenannte Taiwan-Frage. China werde niemals erlauben, dass sich Taiwan vom Festland abspalte: „Wer auch immer die Unabhängigkeit Taiwans unterstützt, wird sich daran verbrennen und die bittere Pille für seine Taten schlucken.“ Xi stellte klar: „Die Wiedervereinigung ist unverzichtbar. Notfalls auch militärisch.“



Dazu passt auch die Warnung von Australiens Botschafter in den Vereinigten Staaten, **Kevin Rudd**. Der meinte am **6. Juni 2024** in einer Rede in Honolulu auf Hawaii: Wenn Xi Jinping, der im Juni 71 Jahre alt werde, die Wiedervereinigung Taiwans erreichen wolle, werde er wahrscheinlich im nächsten Jahrzehnt handeln, bevor er die 80 erreiche.



Seit dem **20. Januar** ist **Donald Trump** wieder Präsident. Während sein Verteidigungsminister **Hegseth** Ende März bei einem Besuch Japans eine „glaubwürdige Abschreckung“ für Taiwan versprach, kreiste China die Insel fast gleichzeitig mit einer groß angelegten Militärübung ein, gedacht als „Abschreckung“ der „Separatisten“, wie es hieß. Überraschungen sollte man nicht ausschließen.

■ Zur Person:

Rolf Steininger, von 1984 bis 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck
Neuerscheinung: Rolf Steininger, „Die USA und China. Von der Empress of China 1784 bis zur Gegenwart“, Studienverlag Innsbruck 2025, 367 Seiten. Auf diesen Seiten wird der Inhalt des Buches in den nächsten Tagen in 6 Teilen vorgestellt. Teil I ist am 3.4.2025 erschienen, Teil II am 7.4., Teil III am 14.4., Teil IV am 15.4. und Teil V am 17.4. 2025.
Bestellen: www.athesiabuch.it



INHALTE auf abo.dolomiten.it